Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31292
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 5gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit 80 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

227 — Dienstag, den 29. September — 1925

Das diplomatische Zwischenspiel

Deutschland hat zwar die Einladung bedingungslos angenommen, erhebt aber durch seine Botschafter in Paris und London eine Reihe von Forderungen, besonders die, daß mit der Kriegsschuldlüge ein Ende gemacht wird

Die deutschen Schritte in Paris und London

Die politische Oeffentlichkeit verfolgt mit großer Spannung den Verlauf der seit Sonnabend eingeleiteten diplomatischen Aktionen der Reichsregierung, die im Zusammenhang mit der Ueberreichung der deutschen Antwort durch die deutschen Botschafter in London und Paris mündliche Erklärungen abgeben ließ, um in letzter Stunde noch den Gang der Dinge maßgebend zu beeinflussen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich jetzt hinter den Kulissen entscheidende Vorgefechte zwischen den beteiligten Regierungen abspielen,

und daß der Ausgang dieser diplomatischen Operationen mehr oder weniger das Schicksal der bevorstehenden Sicherheitskonferenz bestimmen wird. Zunächst muß festgestellt werden, was innerhalb der letzten zwei Tage vorgegangen ist und in welcher Situation sich die Regierung Luther befindet. Die Annahme der alliierten Einladung war an sich bedingungslos erfolgt, aber

deutscherseits glaubte man dem Zwange der Notwendigkeit nachgeben und den alliierten Regierungen eine Reihe deutscher Forderungen unterbreiten zu müssen, von deren Erfüllung ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes abhängig gemacht werden muß.

Die Erklärungen der deutschen Botschafter verfolgten daher den Zweck, den alliierten Regierungen von vornherein vor Augen zu halten, daß die in Aussicht genommene Sicherheitskonferenz nur dann zu einem Ziele führen wird, wenn über alle Punkte der politischen Einzelfragen volle Klarheit geschaffen wird.

Nunmehr haben die alliierten Regierungen das Wort!

Lehnen sie es ab, auf der von Deutschland dargelegten Basis zu verhandeln, dann können sie sich eine Konferenz ersparen, deren Schicksal von vornherein ganz aussichtslos wäre. Sind sie aber bereit, auf die Forderungen der Reichsregierung einzugehen, dann kann man mit gutem Gewissen die Verhandlungen eröffnen und die strittigen Probleme aus der Welt schaffen.

Von der Antwort, die die Ententemächte innerhalb der nächsten zwei Tage zu geben haben, hängt es ab, ob man von einer neuen Erschwerung der außenpolitischen Lage oder von einer wirklichen Klärung der Dinge sprechen kann.

Der deutsche Botschafter in Paris Dr. von Hoesch hat am Montag nachmittag den französischen Außenminister Briand aufgesucht und mit ihm die Lage eingehend besprochen. Ein endgültiger Bescheid der französischen Regierung liegt noch nicht vor und man erwartet mit einiger Spannung den Bericht, den Herr von Hoesch über seine Unterhaltung mit dem französischen Staatsmann nach Berlin senden wird. Mit der englischen Regierung hat die deutsche Fühlungnahme bereits am Sonnabend stattgefunden und man kann zurzeit feststellen, daß der deutsche Schritt in London im ersten Augenblick zwar großes Erstaunen und einiges Mißbehagen hervorgerufen hat,

daß jedoch die Londoner Regierung dem deutschen Vorgehen durchaus nicht unsympathisch gegenübersteht.

Nach den Mitteilungen, die der Reichsregierung hierüber vorliegen, scheint festzustehen, daß die englische Regierung ihrerseits keine Bedenken hat, auf der von deutscher Seite vorgeschlagenen Basis zu verhandeln und daß sie ihre Haltung lediglich von dem Bescheid Frankreichs abhängig macht.

Damit ruht jetzt die Hauptverantwortung auf der französischen Regierung,

die sich über den deutschen Schritt ziemlich überrascht zeigt, und die es zur Zeit ablehnt, zu den deutschen Forderungen irgendwie Stellung zu nehmen.

In einer einzigen Frage, die für Deutschland von großer Wichtigkeit ist, dürfte voraussichtlich schon in sehr kurzer Zeit eine Einigung erzielt werden:

das Problem der Kriegsschuldfrage.

Die deutsche Regierung hat darauf hingewiesen, daß die Uebernahme neuer Verpflichtungen unter keinen Umständen mit einer Erneuerung der Anerkennung der Schuld am Kriege verknüpft werden dürfe. Sowohl beim Eintritt in den Völkerbund als auch beim Abschluß des Sicherheitspaktes will man

einen ausdrücklichen moralischen Vorbehalt

kennen, damit die deutsche Regierung vor der deutschen Oeffentlichkeit die volle Verantwortung für alle Abmachungen übernehmen und die Erklärung abgeben kann, daß nichts geschehen ist, was eine erneute Unterwerfung unter den Kriegsschuldparagraphen des Versailler Vertrages darstellen könnte. In London und in Paris will man diesen deutschen Vorbehalt stillschweigend und ohne jede Erwiderung vor sich gehen lassen. Dies ist immerhin eine großzügige Geste, denn man scheint eingesehen zu haben, daß es in Deutschland keine Regierung unternehmen darf, in der Kriegsschuldfrage eine andere Haltung einzunehmen. Solange hieraus keine grundsätzlichen Streitigkeiten entstehen, dürfte mit der deutschen Erklärung der Streit um die Frage der Schuld am Kriege wenigstens soweit geklärt sein, daß keine Ententemacht mehr ein Anrecht darauf hat, sich auf den Kriegsschuldparagraphen des Versailler Friedensvertrages berufen zu wollen.

Die Stadt des Friedenspaktes

Locarno: Kirche und Kloster Madonna del Sasso

v. Hoesch bei Briand

Der deutsche Botschafter v. Hoesch wurde in Verfolg des Besuches, den er am Sonnabend nachmittag dem Generalsekretär des französischen Außenministers, Philippe Berthelot, abgestattet hat, Montag nachmittag um 5 Uhr durch den französischen Minister für auswärtige Angelegenheiten Briand empfangen. Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde. Der Botschafter brachte nochmals die Annahme der an die Reichsregierung gerichteten Einladung zu einer Ministerbegegnung zwecks Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspaktes zur Kenntnis. Im Anschluß daran kam eine Reihe mit der Einladung zusammenhängende Nebenfragen zur Sprache, von denen einige noch nicht geklärt sind.

Neue Vorschläge Briands?

Wie die Voss. Ztg. berichtet, ist das Reichskabinett gestern um 9 Uhr abends unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther zusammengetreten. Wie das Blatt weiter aus diplomatischen Kreisen erfahren haben will, soll Briand durch den deutschen Botschafter der Reichsregierung bestimmte Vorschläge gemacht haben, wie die Meinungsverschiedenheiten beigelegt werden könnten. Darüber hat das Reichskabinett gestern abend beraten. Die Sitzung des Kabinetts war um Mitternacht noch nicht zu Ende. Die Antwort der deutschen Regierung an den Botschafter von Hoesch soll noch während der Nacht abgehen.

Aus Paris wird gemeldet, daß das französische Kabinett für Dienstag mittag zu einer Sitzung einberufen worden ist, die der Beratung der deutschen Antwort gewidmet sein wird.

Das polnische Militär in Danzig

Der Rat des Völkerbundes hat am 26. September in geheimer Sitzung, von der sowohl Danzig als auch Polen ausgeschlossen waren, den Antrag der polnischen Republik auf Belassung einer Militärtruppe von 88 Mann auf der Westerplatte bis zur nächsten Ratssitzung vertagt, da die Dokumente über diese Angelegenheit zu spät eingegangen sind.

Die Bilanz von Genf

Die sechste Völkerbundsversammlung ging Sonnabend zu Ende. Die vorjährige Versammlung, an deren Ende unter Begeisterung und Rührung das „Protokoll" genehmigt wurde und Benesch ausrief: „Wir haben den Krieg getötet!" war Täuschung und nicht einmal holde Täuschung, denn dieser Plan genereller, in juristische Formeln gebannter, von Sanktionen umgebener Systematisierung Europas wäre auf eine Verewigung des Status-quo von Versailles hinausgelaufen und hätte den künftigen Frieden nicht gebracht, sondern bedroht. Diese Tagung war eine nützliche Lehre und heilsame Ernüchterung. Das Penelope-Gewebe des Protokolls ist wieder aufgetrennt, der Schritt des vorigen Septembers zurückgetan. Das britische Weltreich unter seiner neuen Regierung lehnte die allgemeine Verpflichtung des Protokolls ab, die britische Kräfte für Zwecke gebunden hätte, die diejenigen Frankreichs, aber nicht diejenigen Englands waren. Großbritannien will kein separates Vorgehen Frankreichs nach dessen eigenen Gutdünken, will britische Kräfte nur mit Zustimmung des Parlaments und der Dominions und nach einer vom Rat gegen Angreifer gefällten einstimmigen Entscheidung zur Verfügung stellen. „Besondere Vereinbarungen für besondere Zwecke" ist Großbritanniens Parole.

Durch die Verhandlungen dieser Woche hinter und vor den Kulissen zog sich wie ein roter Faden der Gegensatz Frankreichs und der kleinen Entente einerseits und Großbritanniens und Italiens andererseits. Auf dem Wege über Sonderabkommen zum Protokoll zurückgelangen ist die Tendenz, die von Paul Boncour und de Jouvenel mit gleicher Leidenschaft verfochten wurde. „Sonderabkommen seien nur Teillösungen, während deren Dauer die Hoffnung auf Abrüstung sich nicht erfüllen könne", rief Paul Boncour aus. „Schiedsgericht ohne Sanktionen ist unnütz", sagte de Jouvenel, und fügte hinzu, die Abrüstung müsse sich genau nach dem Abschluß von Sonderabkommen richten. Chamberlain wiederholte seine Erklärung vom März, das Protokoll habe mit seinen Sanktionsbestimmungen den Anschein erweckt, als sei die Aufgabe des Völkerbunds die Organisation des Krieges statt dessen Verhinderung, und betonte, moralische Sanktionen seien schließlich wichtiger als diejenigen der Gewalt. Die britischen Redner betonten immer wieder die Notwendigkeit, durch geeignete Abkommen zuerst das Mißtrauen zu bannen, denn im gestärkten Vertrauen werde die Anwendung des Schiedsgerichts sich erweitern. Großbritannien und Italien stimmten überein in der Mahnung zu schrittweisem Vorgehen in der Warnung vor theoretischen Beschlüssen, in der Unterstreichung der Notwendigkeit realpolitischer Auffassung der Kriegsursachen und ihrer Beseitigung gegenüber den Franzosen mit ihrem starren Festhalten an dem bestehenden Zustande und ihrem Versuch, mit einem aus formal-juristischem Denken entspringenden System den Krieg bannen zu wollen. Zutreffend wies der italienische Redner darauf hin, daß ein ungerechter Friede eine gefährliche Kriegsursache sei, und daß es die Aufgabe des Völkerbunds sei, moralische Ziele zu verfolgen, wozu logischerweise der Abbau ungerechter Friedensbestimmungen gehören müsse.

Frankreich trat mit seiner hervorragend zusammengesetzten Delegation als stärkster Champion des Völkerbundes auf, aber die Art, wie es die Völkerbundspolitik zu lenken gedenkt, blieb nicht unbestritten. Aeußerlich ist die Synthese zwischen britischer und französischer Auffassung gefunden, aber dahinter stecken Gegensätze, die tiefer sind als Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Völker-